

Landtag aktuell

16. Juni 2009

Debatte über NÖ Landesbudget 2010

Fortsetzung der Spezialdebatte

Heute um 9 Uhr wurden die Verhandlungen über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2010 mit der Spezialdebatte zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, fortgesetzt.

Gruppe 4

Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung

In der Gruppe 4 sind im ordentlichen Voranschlag Ausgaben von 1,40 Milliarden Euro und Einnahmen von 700,91 Millionen Euro vorgesehen.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) meinte, sie vermisse mehr finanzielle Zuwendungen bzw. Maßnahmen bei den Lehrstellen, der außerschulischen Betreuung, der Flüchtlingshilfe, den sozialen Wohneinrichtungen, der Nachmittagsbetreuung in den Kindergärten und den Gewaltschutzzentren. Die Grünen würden dieser Budgetgruppe nicht zustimmen. Ein **Resolutionsantrag** ihrer Fraktion fordert eine ausreichende Etablierung, Finanzierung und Ausstattung der NÖ Frauenhäuser.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) betonte, das Budget könne den tatsächlichen Bedarf bei weitem nicht abdecken. In Niederösterreich seien 13 Prozent der Men-

schen armutgefährdet, und die Schere gehe immer weiter auseinander. Ein grundlegender Wandel in der NÖ Budgetpolitik sei unumgänglich, die FP werde nicht zustimmen. Ein **Abänderungsantrag** seiner Fraktion fordert eine Erhöhung der Sozialleistungen.

Abgeordneter Emil S c h a b l (SP) sagte in seiner letzten Rede im Landtag, er halte wenig davon, dass im Sozialbereich Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Angesichts der aktuellen Finanzkrise brauche man gemeinschaftlich abgestimmtes Handeln. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert eine höhere Dotierung des Arbeitnehmerförderungsfonds. Weiters stellte er einen **Antrag** auf getrennte Abstimmung innerhalb der Gruppe 4.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) hob hervor, dass sich der Abgeordnete Schabl „Zeit seines Lebens für andere engagiert“ habe. Er sei mit 27 Jahren einer der jüngsten Bürgermeister in Niederösterreich gewesen und habe ab 2000 in kürzester Zeit hohe und höchste Funktionen als Landtagsabgeordneter, Mitglied des Landtagspräsidiums und Landesrat ausgeübt. Sein Pflichtbewusstsein, sein konziliantes Wesen, sein Bemühen um Arbeitsplatzsicherung, sein blau-gelbes Handeln und sein klares Bekenntnis zu Parlamentarismus und Zusammenarbeit hätten ihm Sympathien weit über seine Fraktion hinaus eingebracht.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) dankte ebenfalls dem Abgeordneten Schabl und meinte, Niederösterreich sei auf dem Fundament der Gemeinsamkeit gebaut worden. Die Sozialpolitik in Niederösterreich stehe vor riesigen Herausforderungen. Er merkte an, dass beim aktuellen Budget erstmals die 7 Milliarden-Euro-Grenze überschritten und 50 Prozent in den Sozialbereich investiert würden. Niederösterreich sei ein Vorzeigebundesland in Europa. Den Grundstein dafür habe die verstorbene Landeshauptmann-Stellvertreterin Liese Prokop gelegt.

Abgeordnete Karin K a d e n b a c h (SP) widmete sich den Frauen in Niederösterreich und betonte, es sei notwendig, die „Frauen sichtbar zu machen“. Dies geschehe bei-

spielsweise bereits mittels des Liese Prokop-Preises, doch im gedruckten Wort kämen Frauen nicht ausreichend vor. Sie kritisierte, dass das Frauenreferat lediglich mit 360.000 Euro dotiert sei. Um Gleichbehandlung und Chancengleichheit zu realisieren, müsse auch das Budget entsprechend bedacht werden. Demgegenüber sei Gender Budgeting allerdings immer noch nicht umgesetzt. Daher werde sich die Einkommensschere zwischen den Geschlechtern auch weiterhin nicht schließen. Sie brachte drei **Resolutionsanträge** ein, die die Themen „Einführung eines Strom-Gas-Bonus für NiederösterreicherInnen mit niedrigem Einkommen“, „Erweiterung der NÖ Urlaubsaktion für pflegende Angehörige“ und „Erstellung eines jährlichen NÖ Armutsberichtes“ betrafen. Der letztgenannte Antrag wurde gemeinsam mit Abgeordnetem Tauchner eingebracht.

Abgeordnete Michaela **Hinterholzer** (VP) nahm zunächst zu ihren VorrednerInnen Stellung. Zum Thema Armutsbericht meinte sie, dass der Appell an das Sozialministerium zu richten sei, zum Strom-Gas-Bonus verwies sie darauf, dass die EVN ein börsennotiertes Unternehmen sei, und zum Abgeordneten Tauchner meinte sie, dass der Sozialbereich im Budget jetzt mit zusätzlichen 100 Millionen Euro ausgestattet werde. Hinsichtlich des Themas Pflege betonte Hinterholzer, dass man im sozialen Bereich viel erreicht habe, dieser aber finanzierbar bleiben müsse. Die ambulante Betreuung müsse vor der stationären Vorrang haben; hier müsse noch eine Schnittstelle geschaffen werden. Worte des Lobes fand sie für Landesrätin Mikl-Leitner, welche die Finanzierung der sozialmedizinischen Dienste neu aufgestellt habe. Großen Wert habe das „Betreute Wohnen“; es werde immer mehr zur öffentlichen Aufgabe, derartige Einrichtungen zu schaffen. Man müsse künftig auch im sozialen Bereich größeren Wert auf die Ehrenamtlichkeit legen und so etwas wie eine „Feuerwehr im sozialen Bereich“ auf die Beine stellen. Jedenfalls sei in Niederösterreich Altern in Würde sichergestellt.

Abgeordneter Ing. Martin **Huber** (FP) betonte, dass das Erreichen eines höheren Lebensalters künftig enorme Kosten im medizinischen sowie im Pflegebereich bringen

werde. Die Pflege im eigenen Heim habe oberste Priorität, gleichzeitig müsse die Tagespflege weiter ausgebaut werden. Der Urlaub für pflegende Angehörige müsse gewährt werden, er wolle den von Kadenbach eingebrachten Antrag unterstützen. Auch den Anträgen der Abgeordneten Schabl und Renner wolle er beitreten. Abschließend meinte er, dass das Budget „der Ausbildung unserer Leute“ zugute kommen sollte.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) bedauerte, dass die Mittel der NÖ Wohnbauförderung im Haushaltsvoranschlag für das Budget des Jahres 2010 um 34 Millionen Euro gekürzt wurden. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit Abgeordnetem Waldhäusl betreffend Einführung einer allgemeinen Wohnbauhilfe ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine Änderung der Richtlinien der NÖ Wohnbauhilfe zu veranlassen, um auch Mieterinnen und Mieter nicht geförderter Wohnungen in den Genuss der Wohnbeihilfe kommen zu lassen.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) bedankte sich bei dem ausscheidenden Landtagsabgeordneten Emil Schabl für die gute Zusammenarbeit. Zu den Maßnahmen des Landes meinte er, dass die beste Sozialpolitik eine gute Wirtschaftspolitik sei. In Bezug auf die Konjunkturflaute sagte Hintner, Niederösterreich könne sich von der internationalen Entwicklung nicht abkoppeln. Trotzdem habe Niederösterreich die europäische Perspektive gut genutzt. Das Land wäre ohne die Europäische Union, ohne Euro und ohne Osterweiterung von der Krise noch stärker betroffen. Niederösterreich sei es gelungen, mehr Wachstum und mehr Wohlstand zu erarbeiten als die anderen Bundesländer. Die Arbeitnehmerförderung könne auf viele Erfolge zurückblicken. Aktuell würden 10.000 Personen vom AMS geschult. Auch die SOMA-Märkte, die NÖ Arbeitsstiftungen und die Initiativen „Jugend & Arbeit“ bzw. „Start up“ seien Erfolgsprojekte.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) forderte mehr Förderung für Photovoltaikanlagen. Aktuell sei die Deckelung des Fördervolumens für viele Antragsteller nicht nachvollziehbar, insbesondere, wenn ausreichend Dach- oder Betriebsgebäudeflä-

chen zur Verfügung stehen würden. In diesem Zusammenhang brachte sie zusammen mit Sulzberger, Leichtfried, Petrovic, Enzinger und Weiderbauer einen **Resolutionsantrag** betreffend Ausweitung der Förderung für Photovoltaik ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die Richtlinien der NÖ Wohnbauförderung für Photovoltaikanlagen dahingehend zu ändern, dass pro installiertem Kilowattpeak 3.000 Euro direkt gefördert werden und maximal 50 Prozent der Kosten der Photovoltaikanlage.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) betonte die Wichtigkeit der öffentlichen Jugendwohlfahrt, um die Entwicklung von Kindern zu fördern und abzusichern. Besonders die Mitarbeiter bei der NÖ Jugendwohlfahrt würden unter großem Druck stehen, was oft zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie Burnout führt. Mittlerweile würden 796 Kinder in neun Landesjugendheimen untergebracht sein. In diesem Zusammenhang brachte sie zusammen mit Abgeordnetem Weiderbauer einen **Resolutionsantrag** betreffend Mobile Jugendarbeit ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, das Angebot der mobilen Jugendarbeit in allen Bezirken bzw. Regionen Niederösterreichs anzubieten.

Abgeordneter Helmut D o p p l e r (VP) betonte die Wichtigkeit der Maßnahmen des Landes, um die Situation am heimischen Arbeitsmarkt zu entspannen. Schwerpunkte seien dabei die Aktion Karenz+, die Bildungsförderung 50+, aber auch Initiativen wie die Arbeitnehmerhotline, Arbeitsstiftungen und das Lehrlingsauffangnetz.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) meinte, der Budgetansatz für die Jugendförderung in der Gruppe 4 solle aufgewertet werden. Gemeinden, die Jugendzentren errichten, sollten verstärkt vom Land unterstützt werden.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) betonte, dass die NÖ Wohnbaugelder große Fortschritte im ökologischen, sozialen und ökonomischen Bereich gebracht habe. Der soziale Wohnbau und die thermische Sanierung seien ein wichtiger Motor für die lokale und regionale Wirtschaft. Die Wohnassistenz mit 1.520 Unterstützungen in den letzten

zwei Jahren sei ebenfalls besonders hervorzuheben. Dazu kämen 29.810 bewilligte Anträge für einen Wohnzuschuss.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sprach davon, dass in dieser Gruppe das „Pleitebudget“ sein wahres Gesicht zeige. Geldmittel für Katastrophenfälle nicht zur Verfügung zu stellen, sei „ein trauriges Sittenbild“.

Abgeordneter DI Willibald **E i g n e r** (VP) sagte, die Umstellung des Fördersystems in Niederösterreich sei ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung des Kyoto-Zieles. Nunmehr gebe es auch Direktzuschüsse für energiesparende Maßnahmen. 2008 seien insgesamt rund 20.000 Einheiten durch die Wohnbauförderung gefördert worden, was ein Volumen von 1,9 Milliarden Euro ausgelöst habe.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) führte aus, die NÖ Jugendkarte sei eine sehr gute Einrichtung, das Angebot gehöre aber ausgebaut. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit der FP und den Grünen fordert eine Aufwertung der Jugendkarte zur Freifahrtkarte mit öffentlichen Verkehrsmitteln auch an Wochenenden und in den Ferien.

Abgeordneter Franz **M o l d** (VP) meinte, Niederösterreich habe mit seinem Wohnbaumodell ein flexibles Modell geschaffen, das einfach, sozial und natürlich sei und möglichst vielen Niederösterreichern die Erfüllung des Traums vom Eigenheim ermögliche. Zuhause in Niederösterreich heiße, sich wohl und geborgen zu fühlen. Hier setze die Aktion „Sicheres Wohnen“ ein, die bis Ende 2010 verlängert wurde.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) bezog sich auf das Problem der Waisenrenten. Zur psychischen Belastung für diese Kinder kämen in vielen Fällen finanzielle Nöte hinzu. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Wegfall der Pflicht zur Entrichtung der Einkommenssteuer für Empfänger von Halb- und Vollwaisenpensionen ein.

Abgeordnete Marianne **L e m b a c h e r** (VP) beschäftigte sich mit der niederösterreichischen Familienpolitik und betonte, die Familien stünden im Zentrum der Politik des Landes. Im Jahr 2008 habe es in Niederösterreich ein Plus von 3,4 Prozent bei den Ge-

burten gegeben. Dies sei auch ein Zeichen dafür, dass die Maßnahmen für Familien in Niederösterreich greifen. Ein sehr großes Anliegen sei auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Lembacher verwies auch auf das Angebot an Tagesmüttern, mobilen Mamis, Kinderstuben und in den NÖ Landeskindergärten.

Abgeordnete Heidemaria Onodi (SP) kam auf das Thema Pflege zu sprechen und verwies auf den Aufholbedarf bei den semistationären Einrichtungen. Sie brachte gemeinsam mit der Abgeordneten Krismer-Huber einen **Resolutionsantrag** betreffend Objektförderung für private Tages- und Kurzeiteinrichtungen ein.

Abgeordnete Ingeborg Rinke (VP) meinte, in der Gruppe 4 sei viel über die sozialen Errungenschaften in Niederösterreich berichtet worden. Sie betonte, der NÖ Familienpass sei „eine großartige Einrichtung“, und rund 150.000 Familienpässen seien bereits ausgestellt worden. Sie verwies auch auf die Familien-Hotline, die Aktion Familienurlaub, das NÖ Partnerschaftstraining und die NÖ Spielplatzförderung.

Die Gruppe 4 wurde getrennt abgestimmt und mit Mehrheit angenommen. Der Antrag Schabl, Antoni, Cerwenka, Dworak u. a. (finanzielle Ausstattung des NÖ Arbeitnehmerfonds) wurde abgelehnt. Die Resolutionsanträge Enzinger, Krismer-Huber, Petrovic (Frauenhäuser), Tauchner, Waldhäusl, Ing. Huber u. a. (Erhöhung der Sozialleistungen), Kadenbach (Strom-Gas-Bonus), Kadenbach (Urlaubsaktion für pflegende Angehörige), Kadenbach und Tauchner (NÖ Armutsbericht), Razborcan und Waldhäusl (Allgemeine Wohnbeihilfe), Krismer-Huber, Sulzberger, Leichtfried, Petrovic u. a. (Ausweitung Förderung Photovoltaik), Onodi und Weiderbauer (Mobile Jugendarbeit), Renner, Huber und Weiderbauer (Jugendkarte als Freifahrtkarte), Königsberger, Waldhäusl, Huber u. a. (Wegfall Einkommenssteuer für Empfänger von Halb- und Vollwaisenpensionen) und Onodi und Krismer-Huber (Objektförderung für private Tages- und Kurzeiteinrichtungen) wurden abgelehnt.

Gruppe 5

Gesundheit

In der Gruppe 5, Gesundheit, stehen im ordentlichen Teil Ausgaben von 449,24 Millionen Euro Einnahmen von 31,40 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, dass zwar 50 Prozent des Budgets in die Bereiche Gesundheit und Soziales fließen würden, aber dennoch gebe es noch sehr viel zu tun, was die Infrastruktur betrifft. Patienten brauchten motivierte Ärztinnen und Ärzte und motiviertes medizinisches Personal. Sie brachten einen **Resolutionsantrag** betreffend kein NÖGUS-Bericht im Landtag seit 2006 ein. Zum Naturschutz brachte sie einen **Resolutionsantrag** betreffend Gelsenkompetenzzentrum ein. Weiters betonte sie, dass auch die Windkraft in Niederösterreich noch mehr Unterstützung brauche. Sie verlangte eine neue Förderkulisse für Windkraftanlagen in Niederösterreich. In diesem Zusammenhang brachte sie gemeinsam mit den Abgeordneten Leichtfried, Dr. Petrovic, Enzinger und Weiderbauer einen **Resolutionsantrag** ein. Darin wird die Landesregierung u. a. aufgefordert, für die bei der Errichtung von Windkraftanlagen zu leistenden Ausgleichsmaßnahmen ein neues Fördermodell zu entwickeln. In Bezug auf das geplante Gartenfestival in Baden, Bad Vöslau und Laxenburg verlangte Krismer-Huber ein Gesamtprojekt, um ähnliche Überschreitungen wie bei der Landesgartenschau in Tulln zu verhindern. Dazu brachte sie mit den Abgeordneten Petrovic, Enzinger und Weiderbauer einen **Resolutionsantrag** ein. Weiters brachte sie gemeinsam mit den Abgeordneten Leichtfried, Sulzberger, Petrovic, Enzinger und Weiderbauer einen **Resolutionsantrag** zur Totalreform des Ökostromgesetzes ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, das österreichische Ökostromgesetz nach dem Vorbild des erfolgreichen „Erneuerbare Energien-Gesetz“ Deutschlands von Grund auf zu überarbeiten.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) betonte, dass die Lebenserwartung der Bevölkerung seit fünfzehn Jahren laufend steige, was auch auf das gute Gesundheitswesen in Niederösterreich zurückzuführen sei. Damit der Sozialstaat auch in Zukunft funktioniere, müsse jeder Bürger seinen Beitrag leisten. Mit neuen Leistungsempfängern werde der Sozialstaat langfristig abgeschafft, weshalb auch eine eigene Krankenkasse für Inländer und Ausländer notwendig sei. In diesem Zusammenhang brachte er mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Zusammenlegung der Krankenkassen und Missbrauchsbekämpfung statt Kürzung von Leistungen ein. Weiters brachte er mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Bundesländerübergreifendes Abkommen bei medizinischen Akutfällen ein. Darin wird die NÖ Landesregierung aufgefordert, bei den zuständigen Stellen der Stadtgemeinde Wien vorstellig zu werden, damit in Zukunft bei medizinischen Akutfällen ungeachtet der Landesgrenze das nächstgelegene Krankenhaus anzufahren ist. Zusätzlich brachte er mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** zur Abschaffung der Seuchenvorsorgeabgabe ein.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) erklärte, laut EU-Index habe Niederösterreich eines der besten Gesundheitssysteme in ganz Europa. Defizite gebe es nur bei der elektronischen Datenübertragung, wobei vor allem die Behandlungspfade und die Patientensicherheit sowie die Datensicherheit gewährleistet sein müssen. Besonders eine effiziente betriebliche Gesundheitsvorsorge bringe langfristig Einsparungen beim Gesundheitswesen.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) meinte, es sei sehr wichtig, das Ansehen des Hauses zu wahren und bei Wortmeldungen auf die sachliche Ausführung zu achten. In Bezug auf die Forderung, die e-card mit einem Foto zu versehen, meinte er, dass dies einen Missbrauch nicht verhindere. Zudem gebe es verlässliche Erhebungen, dass Ausländer mehr in die Krankenversicherung einzahlen würden als sie herausbekommen. Laut einer market-Umfrage sei die Gesundheit den Österreichern sehr wichtig. Die Vo-

raussetzungen zum Erhalt der Gesundheit seien das Erbgut, das soziale Umfeld, der persönliche Lebensstil und die Gesundheitsvorsorge. Weiters habe Niederösterreich die Gemeindekrankenhäuser übernommen und zu Landeskliniken gemacht, wodurch sich bei den Gemeinden der Spielraum bei der Budgetgestaltung erhöht habe.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) meinte, dass eine maßgebliche Unterstützung der Rettungsdienste notwendig sei, damit diese zusammen mit den Freiwilligen ihre wichtige Aufgabe für die Gesellschaft erfüllen können. Die finanzielle Situation bei den Rettungsorganisationen sei mittlerweile dramatisch. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit den Grünen und Freiheitlichen fordert, dass das Land die Kosten pro verrechnetem Einsatz zur Gänze übernimmt.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) hielt fest, dass das Sozialsystem ein solides sei und auch als solches erhalten werden müsse. Er halte nichts davon, dass Gesunde gegen Kranke und Reiche gegen Arme ausgespielt werden. Die Gemeindekrankenhäuser ins Budget übernommen zu haben, sei eine gewaltige Leistung des Landes gewesen.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) sprach zu Natur und Klimaschutz. Die kommunale Abfallwirtschaft sei dabei ein wichtiger Partner des Landes. Die 1996 gestartete Kampagne „Sei g'scheit – vermeid!“ genieße bereits einen Bekanntheitsgrad von 80 Prozent. Als weitere positive Beispiele nannte er die Altspeisefettsammlung, „Stopp Littering“ u. a.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) sagte, die Gesundheitsvorsorge gewinne immer mehr an Bedeutung. Von den Kindergärten über die Schulen bis zu den Gemeinden gebe es viele erfolgreiche Projekte im Bereich Ernährung, Bewegung und psychosoziale Maßnahmen. 120.000 Bürger hätten zudem bereits das Vorsorgepaket in Anspruch genommen.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) meldete sich mit zwei **Resolutionsanträgen** zu Wort: Zum einen wird die Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit Oberösterreich, Salzburg, Kärnten und der Steiermark ein gemeinsames Braunbärenprojekt umzusetzen. Zum zweiten wird gefordert, dass der Naturschutz bei Steinbrüchen stärker zur Geltung kommt. Bei Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung hätten die Landesregierungsmitglieder sehr wohl Rede und Antwort zu stehen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) nahm zu den Anti-Atom-Aktivitäten Stellung. Er betonte die Wichtigkeit alternativer Energieträger als große Hoffnungsträger für die Zukunft des ländlichen Raumes. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber und Tauchner einen **Resolutionsantrag** betreffend Anti-Atom-Aktivitäten in Niederösterreich ein.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) nahm zum Bereich Umweltpolitik Stellung und meinte, Umweltpolitik sei „immer auch Zukunftspolitik“. Gleichzeitig sei Umweltpolitik auch eine globale Herausforderung. Im Bereich des Bodenschutzes sei in Niederösterreich bereits viel passiert und auch der Naturschutz sei ein wichtiges Thema im Land. Es gelte auch, die landschaftliche Vielfalt in Niederösterreich zu schützen. Im Bereich des Klimaschutzes bedürfe es eines vermehrten Augenmerks auf die Althausanierung und die Energieeffizienz. Er sprach sich auch „für ein sinnvolles Ökostromgesetz“ aus und forderte mehr Geld für den Klimafonds und den Klimaschutz.

Abgeordneter Ing. Franz R e n n h o f e r (VP) sagte, in Niederösterreich könne man sich als Vorreiter beim Klimaschutz bezeichnen. Das erste Klimaprogramm habe Niederösterreich international als Vorreiter positioniert. Das Klimaprogramm 2004 bis 2008 habe 181 Maßnahmen in Bereichen wie Wohnen und Energie vorgesehen, davon seien bereits 156 umgesetzt und 25 derzeit in Umsetzung. Das neue Klimaprogramm 2009 bis 2012 mit 47 Maßnahmen sei bereits vom Landtag beschlossen worden. Weiters verwies er auf die Bodenkampagne „Unser Boden – wir stehen drauf“.

Abgeordneter Otto Kernstock (SP) sprach zum Bereich Krankenanstalten in Niederösterreich- Niederösterreich investiere sehr viel Geld in den Ausbau und den Betrieb der Krankenanstalten. Es müsse aber auch Aufgabe der NÖ Landesklinikenholding sein, das Arbeitsklima in den niederösterreichischen Spitälern zu verbessern. Er brachte gemeinsam mit dem Abgeordneten Huber einen **Resolutionsantrag** betreffend Ausbaubereich zu den NÖ Landeskrankenanstalten ein.

Abgeordneter Karl Badler (VP) berichtete, dass die Aktion „Natur im Garten“ seit zehn Jahren laufe und eine Erfolgsgeschichte sei. Die Aktion werde von den Menschen im Land mit der Note 1,6 bewertet und habe auch einen Impuls für den Gartentourismus in Niederösterreich gebracht. Im Jahr 2000 habe es 340 Plakettengärten gegeben, heuer seien es bereits 7.500. Die Beratungen seien von 1.450 auf 3.500 gestiegen. Niederösterreich sei zu einem führenden Gartenstandort in Zentraleuropa geworden. Er sagte, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka und das Land Niederösterreich haben nichts zu verbergen, daher werde die NÖ Landesgartenschau in Tulln auch von einem externen Gutachter kontrolliert.

Klubobmann Gottfried Waldhäusl (FP) meinte, die Aktivitäten von „Natur im Garten“ seien grundsätzlich in Ordnung, nur in Zeiten einer weltweiten Wirtschaftskrise müsse jeder vom Land Niederösterreich investierte Euro genau kontrolliert werden. Generell seien die Ausgaben für Werbung für die NÖ Gartenschau zu hoch bemessen. In Bezug auf grenzüberschreitende Rettungseinsätze meinte er, diese müssten in Zukunft möglich sein und unter Mitwirkung des Bundes und Einbindung des Schengen-Vertrages durchgesetzt werden. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** ein.

Abgeordneter Ing. Andreas Pum (VP) erklärte, das Ökostromgesetz aus dem Jahr 2002 müsse weitergeführt werden, um den Ausbau von erneuerbarer Energie zu ermöglichen. Weiters sei mehr erneuerbare Energie für Niederösterreich notwendig, um auch in

Zukunft Preissicherheit bei der Energie zu garantieren. In Niederösterreich gebe es mittlerweile 31 Biomasseanlagen, 84 Biogasanlagen sowie viele Windkraftanlagen, Photovoltaik- und Kleinwasserkraftwerke. Insgesamt würden 10 Prozent des in Niederösterreich verbrauchten Stroms aus dem Ausland importiert werden. Hingegen habe das Ökostromgesetz aus dem Jahr 2006 einen Stillstand beim Ausbau der Anlagen für erneuerbare Energie gebracht. Ein Aktionsplan solle nun das Ökostromgesetz am Beispiel des deutschen Gesetzes novellieren. Auch die Anti-Atom-Politik des Landes werde im Budget dargestellt.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) fragte nach, wie die Mittel für Euratom konkret verwendet werden. Die Vorlage der VP zur Gartenschau Tulln werde von den Grünen abgelehnt, da die Forderung nach einer Wirtschaftsprüfung die Kompetenz des Landtages überschreite sowie eine nachträgliche Genehmigung der Gesamtausgaben von 17,7 Millionen Euro für die Garten Tulln nicht notwendig sei, da entsprechend der VP-Angaben doch alle Beschlüsse schon lange vorliegen. Sie brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Nowohradsky, Renner, Sulzberger, Dr. Petrovic, Enzinger und Weiderbauer einen **Resolutionsantrag** betreffend Gelsen-Problematik ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, Erfahrungen im Umgang mit Stechmückeninvasionen Gemeinden und Privaten zur Verfügung zu stellen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) vertrat die Meinung, dass die Kritik des Rechnungshofes an der Landesgartenschau gerechtfertigt sei.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, die von Sobotka vor zehn Jahren ins Leben gerufene Aktion „Natur im Garten“ habe sich bewährt, da die ökologische Gartengestaltung in Zeiten des Umweltschutzes immer wichtiger werde. Auch die Landesgartenschau in Tulln werde von der SP mitgetragen, da dies ein wichtiger Schritt in Richtung Gartenkompetenzzentrum sei.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) bezog sich auf die Umweltförderung in Sachen Wirtschaft. Wirtschaftlich führende Regionen hätten in der Regel auch eine hohe Umwelt- und Lebensqualität. Niederösterreich müsse hier keinen Vergleich scheuen. Ökomanagement und die betriebliche Umweltförderung hätten in den letzten Jahren hier sehr viel bewegt. Auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten seien Ökonomie und Ökologie in Niederösterreich kein Widerspruch.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte als Ordner der Grünen, es sei vereinbart gewesen, am Ende der Gruppe 5 über die Gartenschau Tulln zu sprechen. Die VP habe sich nicht daran gehalten.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) schloss sich der Meinung seines Vorredners an.

Bei der folgenden Abstimmung der Gruppe 5 wurden die auf Verlangen der SP herausgenommenen Punkte mit VP-Mehrheit, die übrigen Ansätze mit VP-SP-Mehrheit beschlossen. Die Resolutionsanträge Krismer-Huber, Leichtfried, Sulzberger u. a. (Totalreform Ökostromgesetz) und Krismer-Huber, Nowohradsky, Renner, Sulzberger u. a. (Gelsen-Problematik) wurden einstimmig angenommen. Sämtliche anderen Resolutionsanträge blieben in wechselnden Konstellationen in der Minderheit: Krismer-Huber, Petrovic u. a. (kein NÖGUS-Bericht), Krismer-Huber, Leichtfried, Petrovic u. a. (Windkraft in NÖ), Krismer-Huber, Petrovic u. a. (Gartenfestival 2010 und Gartenschau 2012), Huber, Waldhäusl, Königsberger u. a. (Zusammenlegung Krankenkassen und Missbrauchsbekämpfung), Huber, Waldhäusl, Königsberger u. a. (Bundesländerübergreifendes Abkommen bei medizinischen Akutfällen), Huber, Waldhäusl, Königsberger u. a. (Seuchenvorsorgeabgabe), Kernstock, Waldhäusl und Krismer-Huber (Übernahme Beitrag an 144 Notruf NÖ GmbH der Rettungsdienste), Petrovic (Braunbärenprojekt), Petrovic (Naturschutz bei Steinbrüchen), Sulzberger, Krismer-Huber, Waldhäusl, Königsberger, Huber und Tauchner (Anti-Atom-Aktivitäten), Kernstock und Huber (Ausbaubericht zu den NÖ

Landeskrankenanstalten) und Waldhäusl, Kernstock, Königsberger u. a. (grenzüberschreitende Rettungseinsätze). Der Antrag der Abgeordneten Schneeberger, Hinterholzer u. a. betreffend Projekt Landesgartenschau Tulln wurde mit VP-Mehrheit angenommen.

Gruppe 6

Straßen- und Wasserbau, Verkehr

In der Gruppe 6 stehen Ausgaben von 473,12 Millionen Euro Einnahmen von 70,50 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) beklagte, dass im Bereich des öffentlichen Verkehrs in den letzten Jahren nichts geschehen sei. Der öffentliche Verkehr komme „nur in homöopathischen Dosen“ vor. Drei **Resolutionsanträge** ihrer Fraktion betreffen zum ersten eine Machbarkeitsstudie für den Wolkersdorfer und Schwechater Express sowie den Regionalexpress Wien-Südost, zum zweiten den Erhalt der Ybbstalbahn und zum dritten strengere Lkw-Kontrollen auf der A 4.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sprach von einem in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise „deutlichen Zeichen der Ignoranz gegenüber den betroffenen Menschen“. Im ländlichen Raum seien Nahverkehrsmittel entweder nicht mehr vorhanden oder falsch eingesetzt. Fahrplankürzungen, -verschlechterungen, Fahrpreiserhöhungen und die Einstellung von Nebenbahnen seien „ein Schlag ins Gesicht vieler Pendler und Schüler“. Ein **Resolutionsantrag** fordert eine Offensive zur Verbesserung des Nahverkehrs. Weiters brachte er einen **Resolutionsantrag** zur Verbesserung der Kontrollen bei Lebensmitteltransporten ein. Abschließend forderte er mehr Investitionen in den öffentlichen Verkehr.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte es sei sehr viel geschehen im Individualverkehr, aber der öffentliche Verkehr hinke hinten nach. Er brachte gemeinsam mit der Abgeordneten Enzinger einen **Resolutionsantrag** betreffend verstärkter Lkw-Kontrollen für mehr Verkehrssicherheit ein. Ein weiterer **Resolutionsantrag** beschäftigt sich mit Entlastungen der PendlerInnen in Niederösterreich, in einem **Resolutionsantrag** mit den Abgeordneten Königsberger und Enzinger forderte er Verbesserungen für die

Pendler im Bereich des Verkehrsverbundes Ostregion. Abschließend brachte er einen **Resolutionsantrag** mit den Abgeordneten Königsberger und Enzinger betreffend Aussetzen der geplanten Tarifierhöhung im Verkehrsverbund Ostregion ein.

Abgeordneter Mag. Karl **W i l f i n g** (VP) sagte, es werde derzeit „an allen Ecken und Enden gebaut“, sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene. Die Mitarbeiter der Straßenmeistereien betreuten ein Straßennetz von 13.500 Kilometern. 334 Millionen Euro des Konjunkturpaketes von insgesamt 900 Millionen Euro würden nach Niederösterreich fließen. Darin enthalten seien zum Beispiel die Vorverlegung der Güterzugumfahrung St. Pölten, der Ausbau von 18 Bahnhöfen in Niederösterreich und die Generalsanierung der Kremser Schnellstraße. Auch auf Landesstraßen würden große Investitionen getätigt, etwa in den Citytunnel Waidhofen an der Ybbs oder die Umfahrung Laa an der Thaya. Gemeinsam erfolgreich wirtschaftlich zu arbeiten bedeute auch die Hauptverkehrsadern zu den Nachbarn auszubauen.

Abgeordnete Mag. Karin **R e n n e r** (SP) sprach zum Hochwasserschutz entlang der March und meinte, die Arbeiten an der March würden sehr gut gedeihen.

Abgeordneter Mag. Alfred **R i e d l** (VP) betonte, die Verkehrspolitik sei ein wesentlicher Teil der Standort- und Wirtschaftspolitik. Die Beseitigung kapazitätsmäßiger Engpässe durch den Ausbau wichtiger Verkehrsträger sei in Arbeit. Die Maßnahmen würden greifen, so gebe es im Vergleich zum Jahr 2004 um ein Drittel weniger Verkehrstote. Der Erfolg lasse sich auch in der Zahl der Betriebsansiedlungen messen. Standortpolitik als planbarer wirtschaftlicher Erfolg und gleichzeitige Sicherung der Lebensqualität sei kein Widerspruch.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) nahm zum Hochwasserschutz Stellung und betonte, in den letzten Jahren sei „Einiges geschehen“. Er formulierte die Forderung, im Bereich Hochwasserschutz bzw. im Falle von Grundwasser in Kellern Gelder zur Verfügung zu stellen.

Abgeordneter Emmerich **W e i d e r b a u e r** (G) ging kurz auf seine Vorredner ein und betonte, dass er bei deren Ausführungen die Behandlung des Themas Klimaschutz vermissen müsse. Gemeinsam mit den Abgeordneten Königsberger, Krismer-Huber, Petrovic und Enzinger brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend SchülerInnen- und Kindergartentransporte im Linienverkehr sowie zusätzlicher SchülerInnen-Transporte bei Unterschreiten des Schlüssels – Sicherheit der Kinder hat Vorrang ein. Das Land müsse aktiv werden und finanzielle Mittel für Busse zur Verfügung stellen; insbesondere weil oftmals Transportmöglichkeiten zu neu geschaffenen Schulstandorten fehlen würden.

Abgeordneter Konrad **A n t o n i** (SP) widmete sich der Verkehrsthematik im Waldviertel und speziell der Schieneninfrastruktur Schwarzenau – Waidhofen an der Thaya. Gefordert seien eine nachhaltige Regionalpolitik sowie der Anschluss strukturschwächerer Landesteile an die Zentren. Auch auf die Franz-Josefs-Bahn ging er gesondert ein. Zu seinem Vorredner Wilfing meinte er, dass Investitionen in die Regionalbahnen seit Jahren zu vermissen seien. Auch die Straßeninfrastruktur des Waldviertels sei umgehend auszubauen.

Abgeordneter Ing. Martin **H u b e r** (FP) widmete sich den Nebenbahnen des Mostviertels und forderte den Erhalt der Ybbstalbahn. Hinsichtlich des Ausbaus der Westbahn würden einige Gemeinden unter riesigen Baustellen leiden, was Huber am Beispiel seiner Heimatgemeinde Blindenmarkt erklärte und wozu er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Hochwasserschutz in Blindenmarkt einbrachte. Weiters ging er auf Park & Drive-Anlagen ein und hielt fest, dass es gerade im Mostviertel viele „wilde Parkplätze“ gebe. Daher müsse der Ausbau hier vorangetrieben werden, wozu Huber mit seinen Fraktionskollegen einen weiteren **Resolutionsantrag** betreffend Park & Drive-Erweiterung entlang der Westautobahn einbrachte.

Abgeordneter Hermann **H a u e r** (VP) meinte in Richtung Abgeordnetem Sulzberger, dass es im Bezirk Neunkirchen sehr wohl Maßnahmen im Bereich öffentlicher Verkehr

gebe. Er nannte Park & Drive-Initiativen oder auch Anrufsammeltaxis als Beispiele. Er betonte, dass die Lösungskompetenz des Landes Niederösterreich in Verkehrsangelegenheiten außer Zweifel stehe. Etwa seien auf Initiative des Landeshauptmannes sofort nach den Unfallhäufungen an Eisenbahnkreuzungen umfangreiche Maßnahmen gestartet worden. Auch Maßnahmen an Ortszufahrten oder die Errichtung von Kreisverkehren nannte er als Beispiel. In den kommenden fünf Jahren würden zudem 4,2 Milliarden Euro in diesen Bereich fließen. Zu den Stellplätzen meinte er, dass es in Niederösterreich gleich viele gebe wie in den acht übrigen Bundesländern zusammen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) ging auf das Mobilitätskonzept ein, welches der Ybbstaler Bevölkerung im November 2008 präsentiert und vom Regionalverband einstimmig verabschiedet worden war. Dieses Konzept sei derzeit nicht mehr so, wie es seinerzeit besprochen wurde. Es gelte, gute Vorschläge im Sinne der Bevölkerung umzusetzen; er werde hierzu keinen Resolutionsantrag einbringen, sich jedoch weiterhin für die optimale Lösung des Verkehrskonzepts im Ybbstal einbringen.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) ging auf die „Erfolgsgeschichte“ des Wieselbusses ein und betonte, dass derzeit eine Aufstockung der momentan 240 Doppelstockwaggons auf 299 geplant sei. Dies stelle einen weiteren Beitrag zur Umweltentlastung dar. Weiters forderte er, das Waldviertel näher an die Zentralräume heranzuführen und daher Straßen und Anbindungen auszubauen. Dem FP-Antrag betreffend Waldviertel-Schnellstraße oder -Autobahn könne er derzeit keine Zustimmung geben. Mold meinte, mit dem Beginn des Bauprogramms für die Mühlkreisautobahn und dem geplanten Ausbau der Verbindung Karlstift – Freistadt werde die Anbindung des Waldviertels an das europäische Autobahnnetz verbessert. Kürzlich sei auch die Elektrifizierung der Franz-Josefs-Bahn von Gmünd bis Budweis abgeschlossen worden, so dass eine durchgängige elektrifizierte Strecke von Wien nach Budweis und Prag vorhanden sei. Gemeinsam mit den Abgeord-

neten Antoni, Waldhäusl, Ing. Hofbauer und Maier brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen im Waldviertel ein.

Abgeordneter Otto Kernstock (SP) erklärte, das Verkehrsaufkommen im Großraum St. Pölten sei in den letzten Jahren sehr stark gestiegen. Vor allem die ländlichen Regionen würden in Niederösterreich noch ein unterdurchschnittliches Nahverkehrsangebot aufweisen. Aber auch das Teilstück auf der S 33 von St. Pölten nach Herzogenburg müsse dringend saniert werden. Weiters sei die Mariazellerbahn in einem schlechten Zustand. Gemeinsam mit den Abgeordneten Onodi und Königsberger brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im NÖ Zentralraum ein. Darin wird die NÖ Landesregierung aufgefordert, ein attraktives Nahverkehrsangebot im Traisental im Bereich von Wilhelmsburg bis Traismauer zu schaffen.

Klubobfrau Dr. Madeleine Petrovic (G) sagte, es sei notwendig, die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiver zu gestalten. Die vorgesehene „Zerstückelung“ der Ybbstalbahn mache keinen Sinn. Weiters sei es skandalös, wenn aus Niederösterreich Tiere bis Armenien oder Zentralrussland verkauft würden. Dabei würden die Behörden die Einhaltung der Normen nur bis zur EU-Außengrenze beachten und die tagelange Weiterfahrt ignorieren. Zur verbesserten Kontrolle von Tiertransporten in Niederösterreich brachte sie gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** ein.

Dritter Präsident des NÖ Landtages Alfredo Rosenmaier (SP) widmete sich der Verkehrssituation im Süden von Wien. Hinsichtlich des starken Pkw- und Lkw-Verkehrs sei für die Gemeinden Ebenfurth, Eggendorf und Pottendorf eine Umfahrung notwendig.

Abgeordneter Dr. Martin Michalitsch (VP) meinte, der Verkehr im NÖ Zentralraum werde laufend stärker. Erfolgreich verwirklicht sei bereits der dreispurige Ausbau der Westautobahn. Generell sei ein funktionierendes hochrangiges Straßennetz notwendig. Den LUP-Bus der Stadt St. Pölten parallel mit der Bahn zu führen sei aber nicht zielführend. Aufgabe für die Zukunft müsse es sein, die Mariazellerbahn zu erhalten. Ge-

meinsam mit der Abgeordneten Enzinger brachte er einen **Antrag** betreffend Verlängerung der Straßenbahnlinie 71 nach Schwechat ein. Er brachte einen zweiten **Antrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Enzinger, Königsberger und Razborcan betreffend Regionalbahnen in Niederösterreich ein. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, ein optimales Mobilitätsangebot in den Regionen zur Verfügung zu stellen.

Klubobmann Gottfried **Waldhäusl** (FP) betonte, die Investitionen im Waldviertel für die Verkehrsinfrastruktur seien rückläufig. So gebe die Bauabteilung 8 für Bauprojekte viel weniger aus als noch vor einigen Jahren. Auf Grund der schlechten Straßenanbindung habe es eine Abwanderung von Betrieben gegeben. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Mehr Geld für Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur im Waldviertel ein. Ziel ist die Errichtung einer Autobahn oder leistungsfähigen Schnellstraße für das Waldviertel und die Absicherung der Franz-Josefs-Bahn.

Abgeordneter Hermann **Findeis** (SP) betonte, Infrastruktur bedeute Lebensqualität und Arbeitsplätze. Gerade im Weinviertel seien diese Maßnahmen von besonderer Bedeutung, weil großer Aufholbedarf bestehe. Die Einrichtung eines Zukunftsfonds wäre als Konjunkturpaket für Gemeinden von großer Bedeutung. Damit könnte die Krise als Chance genutzt werden.

Abgeordneter Karl **Moser** (VP) meinte zum Resolutionsantrag Hochwasser Blindenmarkt, Verursacher seien die ÖBB. Vor allem die Frage der Gewässerökologie in die Förderung aufgenommen zu haben, sei sehr positiv. Das Land sei den Gemeinden und Verbänden ein sehr guter Partner bei der Trinkwasserver- und -entsorgung.

Abgeordneter Franz **Gartner** (SP) führte aus, Niederösterreich sei bei der Wasserver- und -entsorgung auf einem guten Weg und stelle den Bürgern sehr gute Leistungen zu Verfügung. Das Land sei dabei aber sehr von den Mitteln des Bundes abhängig.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) meinte, auf die Trinkwasserversorgung könne man in Niederösterreich sehr stolz sein. Niederösterreich sei in der glücklichen Lage, auf qualitativ hochstehendes und mengenmäßig ausreichendes Quellwasser setzen zu können. Die Trinkwasserversorgung müsse auch in Zukunft in öffentlicher Hand bleiben.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) zog seinen Resolutionsantrag betreffend Verbesserungen für Pendler im VOR zurück und brachte einen neuen diesbezüglichen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Mag. Wilfing, Königsberger und Enzinger ein.

Bei der folgenden getrennten Abstimmung in der Gruppe 6 fanden die herausgenommenen Budgetansätze die VP-Mehrheit und die restlichen Budgetansätze eine VP-SP-Mehrheit. Einstimmig angenommen wurden die Resolutionsanträge Michalitsch, Enzinger, Königsberger und Razborcan (Regionalbahnen in NÖ) sowie Razborcan, Wilfing, Königsberger und Enzinger (Verbesserungen für den Pendler im VOR). Die Mehrheit von VP, SP und FP fand der Antrag der Abgeordneten Mold, Antoni, Waldhäusl, Hofbauer und Maier (Verkehrsinfrastruktur Waldviertel). Die Mehrheit von VP, FP und Grünen stimmte dem Antrag Michalitsch und Enzinger (Verlängerung Straßenbahnlinie 71 nach Schwechat) zu. Sämtliche weiteren Resolutionsanträge wurden abgelehnt: Enzinger, Krismer-Huber, Petrovic und Weiderbauer (Wolkersdorfer und Schwechater Express sowie Regionalexpress Wien-Südost), Enzinger, Krismer-Huber, Petrovic und Weiderbauer (Kontrollen auf der A 4), Enzinger, Krismer-Huber, Petrovic und Weiderbauer (Erhalt der Ybbstalbahn), Königsberger, Razborcan, Waldhäusl u. a. (Investitionsoffensive zur Verbesserung des Nahverkehrs), Königsberger, Waldhäusl, Huber u. a. (Verbesserung Kontrollen bei Lebenstiertransporten), Razborcan und Enzinger (Lkw-Kontrolle für mehr Verkehrssicherheit), Razborcan (Entlastungen der PendlerInnen), Razborcan, Königsberger und Enzinger (Aussetzen Tariferhöhung im VOR), Weiderbauer, Königsberger, Krismer-Huber, Petrovic und Enzinger (SchülerInnen- und Kindergartentransport im Linienver-

kehr), Huber, Waldhäusl, Königsberger, Tauchner u. a. (Hochwasserschutz Blindenmarkt), Huber, Waldhäusl, Königsberger u. a. (Park & Drive-Erweiterung an der Westautobahn), Kernstock, Onodi und Königsberger (Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im NÖ Zentralraum), Petrovic, Enzinger, Krismer-Huber und Weiderbauer (verbesserte Kontrollen von Tiertransporten in NÖ) und Waldhäusl, Antoni, Königsberger, Huber, Tauchner und Sulzberger (Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur im Waldviertel)

Gruppe 7

Wirtschaftsförderung

In der Gruppe 7 stehen Ausgaben von 175,81 Millionen Euro Einnahmen von 7,56 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) sagte, jetzt sei „endlich auch die VP so weit, den Verzicht auf gentechnisch verändertes Soja als Erfolg“ zu beachten. Ein **Resolutionsantrag** ihrer Fraktion gemeinsam mit Abgeordnetem Grandl fordert eine Steigerung der heimischen Eiweiß-Futtermittel. Ein weiterer **Resolutionsantrag** ihrer Fraktion gemeinsam mit Abgeordnetem Leichtfried fordert die Beendigung von Spekulationen mit agrarischen Rohstoffen. Ein dritter **Resolutionsantrag** ihrer Fraktion gemeinsam mit Abgeordnetem Leichtfried fordert, den Automotive Cluster Vienna Region zur österreichischen Wissensdrehscheibe für Elektrofahrzeuge zu machen.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) meinte, die Agrarpolitik werde in erster Linie in Brüssel gemacht. Seine Fraktion wolle, dass die kleinstrukturierte bäuerliche Landwirtschaft erhalten bleibe und möchte daher „ein anderes System an Ausgleichszahlungen und Förderungen“. Der einzige Weg sei der Weg mit den Konsumenten. Jeder landwirtschaftliche Betrieb sichere Arbeitsplätze. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Stopp dem Milchbauernsterben ein. Im Bereich der Wirtschaft kritisierte er, dass es seiner Ansicht nach weniger Geld für arbeitsplatzsichernde Maßnahmen gebe. Er brachte daher einen **Resolutionsantrag** betreffend Keine Reduktion der Geldmittel bei Fremdenverkehr, Handel und Gewerbe ein. Ein weiterer **Resolutionsantrag** betreffend Senkung von Strom- und Gaspreisen wurde ebenfalls von ihm eingebracht. Außerdem brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Übernahme der Kosten für Feriapraktikanten durch das Land ein.

Abgeordneter Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) betonte, es sei notwendig, dass Maßnahmen in der Wirtschaft nachhaltige Verbesserungen bringen. Man befinde sich in der größten Wirtschaftskrise seit 1945 und in der schwersten Rezession seit den dreißiger Jahren. Derzeit sei die Talsohle noch nicht in Sicht. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es notwendig, rasch zu handeln. Es müsse zusätzliche Maßnahmen zu den Konjunkturpaketen geben. Er brachte daher einen **Resolutionsantrag** betreffend Einrichtung eines NÖ Zukunftsfonds ein. Dieser solle mit 500 Millionen Euro dotiert werden, um der Rezession wirksam entgegenzutreten zu können. Die SP wolle ein Budget, das die Zukunft Niederösterreichs im Auge habe und auf die aktuellen Herausforderungen eine Antwort habe. Zum Thema Landwirtschaft merkte er an, dass der Strukturbereinigungsprozess ungehindert weitergehe und es dringend an der Zeit sei, sich eine andere Förderpolitik zu überlegen.

Abgeordnete Michaela H i n t e r h o l z e r (VP) sagte, das Umfeld sei äußerst schwierig geworden und was von der Finanzwirtschaft in Amerika ausgegangen sei, habe jetzt auch den Arbeitsmarkt erreicht. Wirtschaftsmotor sei nach wie vor der private Konsum, und dort vor allem die vielen Investitionen in energieeffiziente Maßnahmen. Eine WIFO-Studie zeige, dass Niederösterreich seit dem Jahr 2002 ein Prozent mehr Wirtschaftswachstum als der österreichische Durchschnitt verzeichne. Niederösterreich habe die Ostöffnung optimal nutzen können. 2008 sei auch ein absolutes Rekordjahr bei Betriebsansiedlungen gewesen. Man habe viel erreicht, indem man forschungsintensive Unternehmen ins Land geholt habe. Gerade jetzt brauche es in der Wirtschaft Optimismus, Zuversicht und Mut zum Handeln.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) befasste sich mit dem Thema Tourismus und meinte, im niederösterreichischen Tourismus zeige sich, dass der vor Jahren eingeschlagene Weg ein guter sei.

Abgeordneter Mag. Kurt Hackl (VP) ging auf die Entwicklung und den Erfolg der NÖ Card ein, die ein Beispiel für die Strategie „Wir stärken unsere Stärken“ darstelle. Er verwies auf die kürzlich gestarteten Homepages www.familienausflug.at und www.ausflugsplaner.at und hielt abschließend fest, dass der Tourismus in Niederösterreich noch viel Potenzial besitze.

Abgeordneter Rupert Dworak (SP) widmete sich der Aufgabenstellung und Funktion von ecoplus, die als Service und Koordinationsagentur eine wichtige Funktion für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich einnehme. 2008 habe es im Land 90 Betriebsansiedlungen, 111 Projekte, 30,8 Millionen Euro Fördervolumen oder auch 66,9 Millionen Euro Investitionsvolumen gegeben, was Dworak als „stolz machende Bilanz“ bezeichnete. Die ecoplus sei ein Dokument dafür, dass in Niederösterreich die Interessen der Unternehmen sehr ernst genommen würden. Auch in der jetzigen Zeit sei die ecoplus ein verlässlicher Partner für Betriebe.

Abgeordneter Ing. Manfred Schulz (VP) brachte zur Kenntnis, dass die Entwicklung im Tourismus mit zuletzt plus 3,2 Prozent bei den Nächtigungen sehr positiv verlaufen sei. Aus dem Ausland würden vor allem italienische und ungarische Gäste nach Niederösterreich kommen, besonderes Augenmerk müsse auch auf die neuen Märkte in Zentral- und Südosteuropa gelegt werden. Überdurchschnittliche Zuwachsraten seien beim Urlaub am Bauernhof zu verzeichnen. Überdies ging er auf die Schaffung der regionalen Vermarktungseinheiten und das Projekt Markenentwicklung ein und betonte, dass die Tourismus- und Freizeitangebote in Niederösterreich ein bedeutender Faktor seien.

Abgeordneter Emmerich Weiderauer (G) widmete sich ebenso dem Thema Wirtschaft und kritisierte, dass das neue Raumordnungsgesetz ermögliche, dass in den Zentren der Gemeinden und Städte neue Einkaufszentren entstehen. Als Beispiele nannte er Zwettl, Melk und Stockerau. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen

einen **Resolutionsantrag** betreffend Eindämmung von zentrumsnahen Einkaufszentren zum Wohl der NahversorgerInnen und BürgerInnen ein.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) gab zuerst bekannt, dass er dem Resolutionsantrag betreffend Elektro-Fahrzeuge seine Zustimmung geben wolle. Anschließend betonte er, dass Handlungsbedarf im Hinblick auf die Situation der Milchbauern gegeben sei. Die bäuerliche Bevölkerung leiste Vieles und werde im Regen stehen gelassen. Punkto Ernährungssicherheit meinte er, dass die „Qualität der Nähe“ erhalten werden müsse und brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend eindeutige Kennzeichnungspflicht Kunst- bzw. Analogkäse ein.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) hielt fest, dass er die Förderung von Gewerbe und Industrie vermisse; insbesondere im Süden Niederösterreichs warte man auf entsprechende Initiativen.

Abgeordneter Ing. Johann **H o f b a u e r** (VP) führte den Wirtschaftserfolg Niederösterreichs auf die ecoplus, die Cluster und die Netzwerke zurück. Er meinte, die Wirtschaftsagentur ecoplus habe bei der Internationalisierung der Wirtschaft und für die Clusterbildung der Klein- und Mittelbetriebe wichtige Impulse gesetzt. Mittlerweile würden über 50.000 Mitarbeiter in Betrieben arbeiten, die Mitglieder beim Bau- und Umweltcluster, beim Wellbeing Cluster, beim Kunststoffcluster, beim Lebensmittelcluster und beim Logistikcluster sind.

Abgeordneter Hermann **F i n d e i s** (SP) erklärte, das Weinviertel wäre über viele Jahrzehnte durch seine Grenzlage am Eisernen Vorhang benachteiligt gewesen. Heute sei das Weinviertel eine blühende Region, das Land Niederösterreich habe viele Initiativen für den Tourismus unterstützt. Deshalb sei es auch sehr wichtig, den Ausstellungsstandort für die Landesausstellung 2013 im Weinviertel zu positionieren. Neben dem geplanten Ausbau der Erlebniswelt Staatzer Berg müssten davon unabhängig auch in an-

deren Regionen im Weinviertel beispielsweise neue Bademöglichkeiten geschaffen werden.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) betonte, Landesrat Pernkopf habe 250 von der Existenz bedrohten Milchbauern geholfen. Das im Budget veranschlagte Umweltprogramm ÖPUL fördere die natürliche Landwirtschaft. Mittlerweile seien bereits 119.000 Betriebe Mitglieder beim ÖPUL-Umweltprogramm. Die Landwirtschaft sichere im nachgelagerten verarbeitenden Bereich insgesamt 140.000 Arbeitsplätze.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) erklärte, die Verlierer der Wirtschaftskrise seien vor allem die Jugendlichen. Über 8.600 arbeitslose Jugendliche seien in Niederösterreich bereits registriert, wobei vor allem junge Ausländer stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen seien. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Jugendarbeitslosigkeit ein.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) meinte, der Tourismus sei im Waldviertel ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, der viele Arbeitsplätze schaffe bzw. absichere. Die wichtigsten Attraktionen seien dabei das Kamptal, die vielen Nationalparks, die Einheimische und Gäste anlocken, aber auch der grenzüberschreitende Nationalpark Thayatal, die Waldviertler Gesundheitswelt, das Sole-Felsen-Bad in Gmünd und das Dungal-Zentrum in Gars am Kamp.

Abgeordneter Mag. Gerhard K a r n e r (VP) sagte, der ländliche Raum und die Landwirtschaft haben in den letzten Jahren starke Veränderungen erfahren. Die niederösterreichischen Bäuerinnen und Bauern hätten aber diese Herausforderungen angenommen und neue Einkommensquellen gefunden. Ein Beispiel sei die erneuerbare Energie. In Niederösterreich sei die Hälfte aller Windkraftanlagen Österreichs. Zudem gebe es viele Kleinwasserkraftwerke, Photovoltaikanlagen, Biogasanlagen und Biomasseanlagen. Viele Landwirte seien auch Direktvermarkter geworden.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) befasste sich mit den Genussregionen und der Wirtshauskultur. In Niederösterreich gebe es 28 Genussregionen, die mit ihren einzigartigen Produkten einen wichtigen Zusammenhang zur Kulturlandschaft herstellen. Diese Produkte würden den Umweltschutz und der Wertschöpfung im ländlichen Raum zugute kommen. Außerdem kooperiere die Wirtshauskultur auch mit der NÖ Card.

Die Gruppe 7 wurde bei getrennter Abstimmung mehrheitlich angenommen. Die Resolutionsanträge Krismer-Huber, Grandl, Petrovic u. a. (gentechnisch veränderte Soja-Futtermittel) und Sulzberger, Waldhäusl, Königsberger u. a. (Kennzeichnungspflicht von Kunst- bzw. Analogkäse) wurden einstimmig angenommen, die Resolutionsanträge Krismer-Huber, Leichtfried, Petrovic u. a. (Keine Finanzgeschäfte mit agrarischen Rohstoffen), Krismer-Huber, Leichtfried, Petrovic u. a. (Schwerpunkt Elektro-Fahrzeuge im Automotive Cluster Vienna Region), Waldhäusl, Königsberger, Huber u. a. (Stopp dem Milchbauernsterben), Waldhäusl, Königsberger, Huber u. a. (Keine Reduktion der Geldmittel bei Fremdenverkehr, Handel und Gewerbe), Waldhäusl, Königsberger, Huber u. a. (Senkung von Strom- und Gaspreisen), Waldhäusl, Königsberger, Huber u. a. (Übernahme der Kosten für Ferialpraktikanten durch das Land), Leichtfried (NÖ Zukunftsfonds), Weiderbauer, Krismer-Huber u. a. (Eindämmung von zentrumsnahen Einkaufszentren) und Huber und Fraktionskollegen (Jugendarbeitslosigkeit) wurden abgelehnt.

Gruppe 8

Dienstleistungen

In der Gruppe 8 sind Ausgaben von 2.312,59 Millionen Euro und Einnahmen von 2.296,76 Millionen Euro vorgesehen.

Diese Gruppe wurde ohne Wortmeldung angenommen.

Gruppe 9

Finanzwirtschaft

In der Gruppe 9 stehen im ordentlichen Teil Ausgaben von 420,30 Millionen Euro Einnahmen von 3,16 Milliarden Euro gegenüber.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) sagte, er beobachte die Budgetentwicklung mit großer Sorge. Der Gesamtverlust sei sehr schmerzlich. Er fordere einfache, kostengünstige und transparente „Strukturen“. Die Veranlagungen sollten wieder an die Hypo als die NÖ Hausbank gehen. Es sei schade, dass es über für die SP wichtige Punkte zu keinen Gesprächen gekommen sei. Demokratie könne man nur aufrechterhalten, wenn man sie auch lebe.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meinte, langsam werde es „wirklich eng für die SP im Land“. Die SP habe bei den Veranlagungen ursprünglich mitgestimmt, sei bei 32 Beiratssitzungen dabei gewesen und hätte über Jahre keine Einwände gehabt. Bei einer Informationsveranstaltung seien alle Fragen detailliert beantwortet worden. Das Budget 2010 sei in einer schwierigen Zeit in einer besonderen sozialen Verantwortung vorgelegt worden.

Klubobmann Helmut C e r w e n k a (SP) replizierte, sein Vorredner habe Behauptungen aufgestellt, die man so nicht stehen lassen könne. Die VP arbeite „mit Unterstellungen, Ablenkungsmanövern, Realitätsverweigerung und mangelnder Gesprächsbereitschaft“. Es sei immer von einer sicheren und risikoarmen Veranlagung die Rede gewesen. Bei der Informationsveranstaltung seien bei weitem nicht alle Fragen beantwortet worden.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung: Der Saldo aller An- und Verkäufe ergebe ein Minus von 143 und nicht 312 Millionen Euro.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) sprach von vielen konstruktiven Wortmeldungen, ehe die SP zum Schluss der Debatte wieder zu streiten beginne. Die von der SP vorgelegten Unterlagen hätten keine einzige mit Zahlen unterlegte Forderung aufgewiesen. Bei der Regierungssitzung habe Landeshauptmann-Stellvertreter Leitner gegen das Budget gestimmt und streite das jetzt ab.

Bei der folgenden getrennten Abstimmung wurden die herausgenommenen Budgetansätze mit VP-Mehrheit und die restlichen Ansätze mit VP-SP-Mehrheit angenommen.

Der Dienstpostplan 2010 wurde ohne Wortmeldung mit den Stimmen von VP und SP angenommen.

Der Voranschlag 2010 im Ganzen wurde mit den Stimmen der VP angenommen.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang S o b o t k a (VP) bedankte sich für die Annahme des Budgets, das nach bestem Wissen und Gewissen erstellt worden sei. Er hoffe, dass im Budgetvollzug jene Abgeordneten, die heute nicht mitgestimmt hätten, wieder mit dabei seien. Über allen Diskussionen stehe das Land Niederösterreich und seine Bürgerinnen und Bürger.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) erinnerte daran, dass der NÖ Landtag erstmals 1996 den Voranschlag bereits vor dem Sommer verabschiedet habe. Die wirtschaftliche Lage sei damals ähnlich gewesen. Ein frühzeitig verabschiedetes Budget leiste einen Beitrag gegen Arbeitslosigkeit und zurückgehende Wirtschaftskraft. Nach 25 Stunden und 25 Minuten bedanke er sich bei 157 Debattenrednern, die 78 Resolutionsanträge gestellt hätten, wovon 9 angenommen und einer zurückgezogen worden sei, sowie bei Landeshauptmann-Stellvertreter Sobotka und seinem Mitarbeiterstab für die Erstellung des Budgets.

Schluss der Budgetverhandlungen!